

PERSPEKTIVE

Zeitung für Solidarität und Widerstand

Kein neues Hanau!?

Sechs Jahre später und die Gesellschaft rückt weiter nach rechts



Im Februar 2020 schoss ein faschistischer Attentäter in Hanau auf mehr als ein Dutzend Menschen mit Migrationshintergrund, tötete zehn von ihnen. In Medien, Politik und Gesellschaft wurde diskutiert: Wie konnte es zu diesem schrecklichen Ereignis kommen? Heute, sechs Jahre später, kämpfen Freunde und Familie noch immer um Aufklärung und Gerechtigkeit, gleichzeitig ist die Gewalt von Rechts massiv angestiegen. Doch wessen Schuld ist das und was können wir dagegen unternehmen? – Ein Kommentar von Alexandra Magnolia

Der Attentäter von Hanau vertrat eine rassistische und antisemitische Weltansicht, war Anhänger verschiedener Verschwörungstheorien, Teil der frauenfeindlichen Incel-Subkultur und hatte einen Hass auf den Islam. Er radikalisierte sich vor allem im Internet, veröffentlichte dort auch selbst Videos, in denen er seine antisemitischen und islamfeindlichen Ansichten kund tat. Kurz vor dem Anschlag veröffentlichte er online ein Manifest, in dem er unter anderem über die Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen in Westasien und

Nordafrika redete, seinen Hass auf Frauen und Migrant:innen äußerte und von einer herbeigeführten Degeneration des deutschen Volkes durch Geheimorganisationen fantasierte.

Einzeltäter oder eine Systemfrage?

Als Tobias R. am Abend des 19. Februar 2020 loszog, tat er das mit einem Plan. Er suchte sich gezielt Orte aus, die vor allem von Migrant:innen besucht wurden, sprühte einige Wochen vor dem Anschlag in genau die-

sem Viertel den Namen der Website, auf der er sein Manifest veröffentlichte, an eine Wand. Bereits eine Stunde vor dem Anschlag hielt er sich in der Nähe des Ortes auf. Am Abend des Anschlags wurde der Abzug der Waffe zwar von einer Person gedrückt, die Ermordeten sind aber nicht nur die Opfer eines psychisch kranken Einzeltäters. Das Motiv war faschistisch, die Tat keine Affekthandlung. > Weiter auf Seite 2

Monatlich gedruckt
& täglich unter:
perspektive-online.net

Münchener Sicherheitskonferenz

Beim hochkarätigen Treffen von Politiker:innen, Rüstungsindustrie und internationalen Institutionen wird verhandelt und gestritten. Für die Arbeiter:innenklasse gibt es nur durch Widerstand etwas zu gewinnen. > Seite 3

Kampf gegen das iranische Regime

Im Iran spitzen sich die Klassenkämpfe seit Jahren immer weiter zu. Das islamische Regime kann sich nur noch mit äußerster Gewalt gegen die eigene Bevölkerung behaupten. Die Zukunft des Landes muss den Arbeiter:innen und Unterdrückten gehören. > Seite 6

Dobrindt zieht bei Repression gegen Links an

Nach den Angriffen auf das Berliner Stromnetz entzündete sich eine neue Debatte über den Kampf gegen „Linksextremismus“. Innenminister Dobrindt nutzt den Fall, um eine Offensive gegen linke Kräfte einzuleiten. > Seite 7

Westsahara: 50 Jahre Unabhängigkeitserklärung

Am 27. Februar 1976 rief die sahrauische nationale Befreiungsbewegung die Demokratische Arabische Republik Sahara aus. Marokko annektierte kurz darauf einen Großteil des Territoriums. Der antikoloniale Befreiungskampf der Sahrauis dauert an. > Seite 8

US-imperialistische Machtdemonstration

Mit für Politiker:innen ungewöhnlicher Offenheit verkündete Donald Trump, was sein Motiv für die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro war: Den Zugriff auf die venezolanische Wirtschaft und Öl, sowie die Verdrängung Chinas und Russlands aus dem Land. Mit der Entführung Maduros haben

die USA ein weiteres Mal gezeigt, dass das Völkerrecht für sie keinerlei Bedeutung hat, wenn es im Konflikt mit ihren Interessen steht. Hinter Donald Trumps selbstverliebter Social-Media-Politik verbirgt sich dabei jedoch eine rationale Reaktion auf immer schärfere internationale Konflikte. > Seiten 4-5



In den Nachrichten wurde das vom Täter veröffentlichte Manifest häufig als „wirr“ oder „irre“ bezeichnet und in der Berichterstattung immer wieder die psychische Störung in den Vordergrund gerückt. Schizophrenie und Wahnvorstellungen werden als alleinige Begründung dargestellt, die Rolle von antisemitischen, frauenverachtenden und rassistischen Ideologien, die Tobias R. sich aus verschiedenen Chaträumen, Vorträgen und Internetseiten zusammen suchte, in den Hintergrund gerückt. In der Realität aber fand eine Radikalisierung statt, die sich in den Rechtsruck der gesamten Gesellschaft einreicht.

Die Gesellschaft rückt weiter nach rechts

Tobias R. ist nicht der Erste, der einen solchen Anschlag verübte und wird auch nicht der Letzte gewesen sein.

Rechte Positionen sind weiter in Parlamente, Talkshows und Kommentarspalten vorgedrungen, werden salonfähig gemacht. Nicht nur sitzt die als rechtsextremistisch eingestufte AfD in Parlamenten und Landtagen, auch andere Parteien sind weiter nach rechts gerückt. Während Angela Merkel sich nach dem Anschlag in Hanau öffentlich noch bestürzt zeigte und Rassismus als Gift in unserer Gesellschaft bezeichnete, ist ihr Nachfolger Friedrich Merz, auch Teil der CDU, heute bereits ganz vorne mit dabei, wenn es darum geht rassistische Hetze zu befeuern und unsere Gesellschaft zu spalten. Zum Beispiel als er im Oktober letzten Jahres mit seiner Aussage zum Stadtbild für Aufmerksamkeit sorgte: „Aber wir haben natürlich immer im Stadtbild noch dieses Problem, und deswegen ist der Bundesinnenminister ja auch dabei, jetzt in sehr großem Umfang auch Rückführungen zu ermöglichen und durchzuführen.“

Schon heute müssen vor den Grenzen Europas tausende Geflüchtete ausharren, weil ihnen die Einreise verweigert wird, die Zahl der Abschiebungen aus Deutschland ist seit 2023 massiv angestiegen und auch in Länder wie Afghanistan und Syrien, die als unsichere Herkunftsländer eingestuft sind, soll mehr abgeschoben werden. Das betonen Politiker:innen fast aller Parteien immer wieder in Talkshows, Interviews oder dem Bundestag. Die Politik heute forciert eine rassistische Migrationspolitik. Wo Abschottung und Abschiebung zum Leitprinzip erhoben werden, ist klar, dass manche Leben weniger wert sind als andere – und genau das beeinflusst auch das gesellschaftliche Klima.

Das sieht man nicht nur an den Wahlerfolgen rechter Parteien, auch

außerparlamentarisch organisieren sich Rechte immer radikaler. Faschistische Jugendorganisationen wie die „Junge Nationalisten“ erfreuen sich großer Beliebtheit, Faschist:innen ziehen mit Demonstrationen durch viele deutsche Großstädte und die Angriffe und Straftaten von rechts nehmen zu. 2024 musste selbst das Bundeskriminalamt eine Steigerung von 47,8 Prozent bei rechts motivierten Straftaten, bei rechts motivierten Gewalttaten eine Steigerung von 17,2 Prozent einräumen.

In der Summe heißt das, faschistisches Gedankengut wird immer leichter zugänglicher, Faschismus in der Gesellschaft immer mehr akzeptiert. Politik und Medien malen ein Bild der Ausgrenzung und spalten uns, gleichzeitig gewinnt die organisierte Rechte an immer mehr Zulauf. Anschläge wie der in Hanau sind in den letzten sechs Jahren immer wahrscheinlicher geworden, die Gefahr von rechts immer größer.

Rassismus staatlich organisiert?

Aber wer soll uns vor dieser Gefahr schützen? Der Staat? Wohl eher nicht. Nicht nur in Parlament, auch an anderen Stellen sieht man, dass der Staat knietief mit drin steckt.

Es werden immer wieder faschistische Strukturen in Polizei, Bundes-

schluss oder gehen verloren. Verantwortung übernehmen will niemand. Bis heute sind auch im Fall Hanau viele Fragen ungeklärt. Warum war der Notausgang der Shisha-Bar verschlossen, warum war die Polizeistelle nicht ausreichend besetzt, so dass keiner der getätigten Notrufe durchgestellt werden konnte? Warum wurde jahrelang nicht gegen den Vater von Tobias R. vorgegangen, der nach der Tat seines Sohnes Angehörigen der Ermordeten auflauerte und sie bedrohte, sondern stattdessen sogar den Hinterbliebenen geraten, aus Hanau wegzuziehen? Warum wurde ihnen von den Behörden nicht geholfen, sondern ihnen eine Gefährderansprache gehalten? „Die Opferfamilien wären hier potenzielle Gefährder für den Vater, es müsste eine Art Gefährderansprache gemacht werden“, heißt es in einem Polizeibericht vom 23. Februar 2020. Dass Hinterbliebene bei solchen Anschlägen nicht auf die Hilfe des Staates hoffen können, sondern oft sogar gegen ihn antreten müssen, haben in der Vergangenheit noch weit mehr Fälle als der Anschlag von Hanau gezeigt. Oury Jalloh, der NSU oder der Brandanschlag von Solingen sind dabei nur einige Fälle.

Wer sehen will, wohin das führen kann, muss nur in die USA schauen. Dort ging die Trump-Administration zuletzt in puncto staatlich organisiertem Rassismus noch mehrere Schritte weiter.

ICE Proteste wird mit Schlagstöcken und Tränengas brutal vorgegangen. Zuletzt wurde während eines ICE-Einsatzes in Minneapolis eine 37-jährige Frau in ihrem Auto erschossen weil sie eine Verhaftung verhindert haben soll. Das Video zeigt wie der ICE-Beamte zwei Schüsse abfeuert und die verstorbene „fucking bitch“, also „verdammte Schlampe“ nennt. Die Trump-Regierung deckt den Mord, bezeichnet das Opfer als links-extreme Terroristin und die Schüsse als Selbstverteidigung.

Die Situation in Amerika mag für viele noch weit weg klingen. Doch wer glaubt, hier in Deutschland sei man von dieser bitteren Realität noch weit entfernt, verkennt die Dynamik. Auch hier verschieben sich die Grenzen von dem, was sagbar, machbar und politisch durchsetzbar ist.

Antifaschistischen Selbstschutz aufbauen

Wenn die Gesellschaft immer weiter nach rechts rückt, Parlamente und Politiker:innen den Rechtsruck nicht aufhalten und die Polizei uns nicht schützt, was ist dann unsere Alternative?

Die Welle an migrantischer Selbstorganisation nach dem Anschlag von Hanau, als sich in ganz Deutschland Migrant:innen politisierten und in Organisationen zusammenschlossen, aber auch der Kampf einiger Hinterbliebenen zeigt, was antifaschistische Praxis konkret bedeuten kann: Erinnern, benennen, anklagen. Sich nicht abspesen lassen mit Floskeln, sondern Konsequenzen einfordern. Die Fälle nicht isoliert sondern im Kontext der Gesamtsituation betrachten. Nicht als ein individuelles, sondern ein Problem des Systems. Und Wege finden, sich dagegen dauerhaft zu organisieren.

Aber der Kampf gegen rechte Gewalt und Strukturen geht nicht erst los, wenn es wieder zu einer Gewalttat gekommen ist. Er beginnt dort, wo wir zusammenkommen. Mit Nachbar:innen, Mitschüler:innen, Kommiliton:innen, Kolleg:innen und Freund:innen. Wo wir uns solidarisch begegnen und zusammen stehen gegen rechte Hetze. Er beginnt dort, wo wir uns organisieren gegen einen aufkommenden Faschismus. Er beginnt, wenn wir erkennen, dass uns dieser Staat mit seinen Institutionen nicht schützen wird, sondern uns in den Rücken fällt, wenn es darauf ankommt.



wehr und Verfassungsschutz bekannt – Chatgruppen, Waffenlager, Feindeslisten. Die Aufarbeitung, wenn es überhaupt eine gibt, ist halbherzig. Viel eher schützt der Staat solche rechten Strukturen und die Verstrickung von Polizei und Bund in ihnen, wie zum Beispiel beim NSU. Papiere werden geschwärzt, sind unter Ver-

Unzählige Razzien der Abschiebebehörde ICE, Masseninhaftierungen, die systematische Kriminalisierung von Migration. Videos auf Plattformen wie Instagram und TikTok zeigen brutale Verhaftungen und migrantische Kinder, die aus ihren Klassenräumen gezerrt werden. Gegen Anti-

Marktplatz der Militarisierung: Münchener Sicherheitskonferenz

Beim hochkarätigen Treffen von Politiker:innen, Rüstungsindustrie und internationalen Institutionen wird verhandelt und gestritten. Für die Arbeiter:innenklasse gibt es nur durch Widerstand etwas zu gewinnen. - Ein Kommentar von Ivan Barker.

Ein „Marktplatz der Ideen“: Wenn es nach den Veranstalter:innen geht, soll die Münchener Sicherheitskonferenz (MSC) vor allem so wahrgenommen werden. Für die regelmäßigen 700 Teilnehmer:innen, die unter anderem Staats- und Regierungschefs, Minister:innen, Wirtschaftsvertreter:innen oder NGO-Mitarbeiter:innen sind, soll es darum gehen, sich vom 13.-15. Februar über die internationale Ordnung auszutauschen.

Um Sicherheit geht es in München aber nur im Sinne der herrschenden Imperialist:innen, die auf unterschiedlichen Wegen ihre Interessen durchsetzen wollen. Im Zuge der Zuspitzung des imperialistischen Verteilungskampfs wird öffentlich für Aufrüstung und Militarisierung geworben, während in Hotellobbys oder gemeinsamen Abendessen von Politiker:innen, Konzernchefs und Militärs schon die weitere Umsetzung dessen verhandelt wird.

Eine Welt in Flammen

Selbst wenn unter verbündeten Imperialisten Widersprüche immer offener zu Tage treten, sind sie sich einig darin, ihre Konflikte und Kriege auf dem Rücken der internationalen Arbeiter:innenklasse auszutragen. Allein in den letzten Jahren haben sie bereits hunderttausenden Menschen ihr Leben gekostet. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine, der sich im Februar zum vierten Mal jährt, war dabei der Startschuss für eine neue Stufe der Konfrontationen. In Deutschland wurde die „Zeitenwende“ ausgerufen, hunderte Milliarden Euro für das Militär zur Verfügung gestellt und ein neues Wehrpflichtgesetz eingeführt. Unter dem Vorwand der akuten russischen Bedrohung wurde mit den Vorbereitungen für einen neuen großen Verteilungskrieg begonnen.

In anderen Regionen sahen Kräfte wie Aserbaidschan ihre Chance, neue Machtverhältnisse zu schaffen. Durch die Bindung russischer Kräfte konnten Länder wie Armenien sich nicht auf russische Unterstützung verlassen. Dazu kam 2023 der Gaza-Krieg, der bis zu einem Genozid an den Palästinenser:innen führte und durch israelische Angriffe unter an-

derem auf den Iran in Kombination mit dem Sturz Assads in Syrien eine andauernde Machtverschiebung in Westasien auslöste.

Risse im imperialistischen Bündnis

Auf der MSC stehen vor allem die Interessen von NATO-Staaten und EU-Mitgliedern im Mittelpunkt. Russische Vertreter:innen werden seit Beginn des Ukraine-Kriegs nicht mehr eingeladen, würden laut MSC-Vorsitzendem Wolfgang Ischinger aber auch „ohnehin nicht kommen“.

für wird Außenminister Marco Rubio mit einer US-Delegation erwartet. Angesichts der Ansprüche der USA auf Grönland und eines möglichen Handelskriegs mit den europäischen Staaten wird es trotzdem wohl kaum harmonischer ablaufen. So fand MSC-Vorsitzender Wolfgang Ischinger im Vorfeld auch schon undiplomatische Worte: In einer Talkshow forderte er, als Antwort auf US-Zolldrohungen „Trump die Folterwerkzeuge [zu] zeigen“. Diese Drohungen wären aber nur glaubwürdig, wenn sie geschlossen passieren. Ischinger spricht sich deswegen für die Abschaffung des

Staaten immer wieder dazu antreiben, für ihre Weltmonopole neue Märkte, Rohstoffe, usw. zu sichern. Auf welchem Weg, ob durch Verträge, Kredite oder durch gewaltvolle Übernahme, ist eine Frage der Möglichkeiten, nicht der Moral oder Vernunft.

Deutschland, Frankreich und Co. sind deswegen nicht vernünftiger oder friedliebender als die US-Regierung. Sie sind nur heute nicht in der Position, ihre Interessen auf die gleiche Art und Weise durchsetzen zu können. Gerade Deutschland ist aber darin bestrebt, diese Situation so schnell wie möglich zu verändern.

In München und anderswo: Widerstand organisieren

Etwas zu gewinnen gibt es für uns als Arbeiter:innen nur durch gemeinsamen Widerstand gegen Krieg und Militarisierung. Die Vorbereitungen für immer größere Kämpfe laufen weiter, militärische Eskalationen passieren schneller. Die Zündschnur der Herrschenden wird kürzer.

Den Kampf um Einfluss und Absatzmärkte auf der ganzen Welt führen die Kapitalist:innen aber nicht unter sich: Sie brauchen Arbeiter:innen an jeder Front, auf dem Schlachtfeld wie in den Fabriken im Hinterland. Wird in jedem Land von den Arbeiter:innen Nationalismus und Chauvinismus durch internationale Solidarität und den Einsatz für Frieden und Freiheit ersetzt, bleiben auch ihre Kriegspläne nutzlos.

Dieser Widerstand muss aber organisiert werden. Der angekündigte Protest gegen die MSC bietet einen Ansatzpunkt: In München ruft das Aktionsbündnis gegen die NATO-Sicherheitskonferenz zur Demonstration am 14. Februar, 13 Uhr auf dem Stachus auf. Genauso dazu gehört der nächste Schulstreik gegen die Wehrpflicht am 5. März. Aber auch darüber hinaus braucht es dauerhafte Aktivität gegen imperialistische Kriege, bis sie für immer der Vergangenheit angehören werden.



Auch die Einladung an iranische Vertreter:innen wurde angesichts der Niederschlagung von Protesten im Land wieder zurückgenommen.

Durch die immer schärferen Auseinandersetzungen zwischen den USA und den restlichen westlichen Imperialisten werden aber auch ihre gemeinsamen Formate fragiler. Schon im letzten Jahr wurde die MSC selbst zum Ort, an dem Widersprüche offen ausgetragen wurden. In einer Rede hatte der US-Vizepräsident J.D. Vance über mangelnde Meinungsfreiheit für rechte Kräfte und Parteien in Europa geklagt und die Konferenz für ein Treffen mit AfD-Chefin Alice Weidel verlassen. Für dieses Jahr hat Vance seine Teilnahme abgesagt, da-

Einstimmigkeitsprinzip in der EU aus, und hofft vor allem auf deutsche Führung in der EU.

Keine Frage der Vernunft

Ob in München zwischen verschiedenen Ländern nett geplaudert oder sich gegenseitig angebrüllt wird, ist ein Gradmesser dafür, wie es um die Zuspitzung der Konflikte zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten steht. Die Konkurrenz untereinander bestand aber vorher schon, und wird auch noch so lange existieren, wie es den Kapitalismus gibt. Denn es liegt nicht an Trump oder Putin persönlich, dass es keinen Frieden gibt. Es sind die ökonomischen Gesetze, welche die imperialistischen

US-imperialistische Machtdemo

Mit der Entführung des venezolanischen Präsidenten haben die USA ein weiteres Mal gezeigt, dass das Völkerrecht für sie keine Politik verbirgt sich dabei jedoch eine rationale Reaktion auf immer schärfere internationale Konflikte. – Ein Kommentar von

Mit für Politiker:innen ungewöhnlicher Offenheit verkündete der „mächtigste Mann der Welt“, Donald Trump, was sein Motiv für die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro war: Den Zugriff auf die venezolanische Wirtschaft und Öl, sowie die Verdrängung Chinas und Russlands aus dem Land. Tatsächlich sind die Erdölreserven Venezuelas die größten der Welt.

Trump inszeniert sich traditionell gerne als Geschäftsmann und findet sicher auch persönlich Gefallen daran, ganz offen zu sagen, was US-amerikanischen Präsidenten seit Jahrzehnten aus der ganzen Welt vorgeworfen wird, nämlich dass sie andere Länder für Zugriff auf Erdöl überfallen.

Doch auch die Schwächung des Einflusses geopolitischer Widersacher der USA, allen voran China, dürfte ein zentrales Motiv der US-Regierung gewesen sein. China ist bislang der größte Handelspartner Venezuelas und hatte in den letzten Jahren die USA in dieser Rolle abgelöst.

Welche weiteren Auswirkungen der „Enthauptungsschlag“ der USA auf die herrschende Clique in Venezuela hat, ist momentan noch schwer abzusehen. Viel spricht dafür, dass es zumindest gewisse Kontakte zwischen der nun amtierenden Präsidentin und vorherigen Vizepräsidentin Delcy Rodríguez und den USA gegeben hatte. Auch wenn Rodríguez selbst derartige Zeitungsberichte natürlich dementiert.

Unabhängig davon haben die USA mit der Entführung Maduros ihren Vorherrschaftsanspruch in Lateinamerika mit einem großen Knall unterstrichen. Dass sich dabei auch keine andere Präsident:in des Kontinents auf das Völkerrecht oder gar Solidarität der europäischen Demokratien verlassen kann, hat die Ope-

ration sehr deutlich gemacht. Oder um es mit den Worten Trumps zu sagen, die er wenige Tage nach der Entführung an den kolumbianischen Präsidenten adressierte: „He’s got to watch his ass.“ Zu Trumps Taktik gehört diese Drohung genau so wie die öffentlich zur Schau gestellte Versöhnung mit Kolumbien nur wenige Tage später.

Ob sich Rodríguez nun als willige Handlangerin der US-Ölkonzerne entpuppt oder nicht: Eine massive Destabilisierung des ohnehin seit über einem Jahrzehnt von schwersten wirtschaftlichen Verwerfungen geplagten Venezuelas dürften die USA mit der Entführung in jedem Fall erreicht haben.

Auch wenn sich Bundeskanzler und deutscher Außenminister nach Kräften bemüht haben, es nicht auszusprechen, stellt die Entführung Maduros nach allen Maßstäben bürgerlich-demokratischen Rechts ein Verbrechen dar. Die Episode macht aber zugleich deutlich, wie zahnlos das Völkerrecht im Angesicht imperialistischer Interessen ist.

Hierbei ist jedoch zentral, dass das Agieren der Trump-Regierung lediglich eine offenere und aggressiver nach außen zur Schau getragene Fortführung US-amerikanischer Außenpolitik überall auf der Welt und insbesondere auf dem amerikanischen Doppelkontinent ist.

Eine Geschichte aus Putschen und Geheimdienstoperationen

„Warum ist es in den USA noch nie zu einem Staatsstreich gekommen? Weil die USA in Washington keine Botschaft haben.“ Etwa so lässt sich ein besonders in Lateinamerika noch immer beliebter zynischer Witz übersetzen. Dabei steckt viel Wahres dar-

in. Denn tatsächlich war die USA im letzten Jahrhundert nahezu bei allen Putschen und Putschversuchen in Lateinamerika eine treibende Kraft. Hinzu kommen Regierungswechsel, die die CIA mit weniger spektakulären Mitteln erreicht oder verhindert hat; beispielsweise durch die gezielte finanzielle Unterstützung von ihr hörigen Kandidat:innen oder orchestrierte Wahlkampagnen.

Das übergreifende Motiv bestand dabei stets darin, entweder Regierungen zu beseitigen, die es gewagt hatten die Herrschaft der USA auf dem amerikanischen Doppelkontinent in Frage zu stellen, oder solche, die die USA als zu schwach und zu zögerlich im Kampf gegen fortschrittliche oder gar revolutionäre Massenbewegungen einschätzte.

Beispiele hierfür lassen sich Jahrzehnt für Jahrzehnt seit dem 2. Weltkrieg zahlreiche finden. Das vielleicht berühmteste ist der Militärputsch gegen Salvador Allende in Chile. Eine kleine Auswahl genügt aber, um aufzuzeigen, wie vielfältig die Mittel politischer Einflussnahme der USA im letzten Jahrhundert waren und vor allem, dass die US-amerikanische Durchsetzung eigener Interessen in Lateinamerika keinesfalls eine „Innovation“ von Donald Trump ist.

Guatemala, 1954

Jacobo Árbenz kam 1951 durch Wahlen ins Amt. Unterstützt wurde er von einer Allianz aus kommunistischen und fortschrittlichen Parteien. Zentrales Vorhaben des Präsidenten war eine Agrarreform in Guatemala, wovon sich insbesondere der große US-amerikanische Konzern United Fruit Company in seinen Profitinteressen bedroht fühlte.

Die CIA-Operation, die zu seinem Sturz durch einen Militärputsch

führte, ist nicht nur eine der ersten bekannten CIA-Operationen in Lateinamerika nach dem 2. Weltkrieg, sondern als eine der wenigen auch verhältnismäßig gut öffentlich dokumentiert, weil die CIA selbst einen Bruchteil der relevanten Dokumente in den 1990er-Jahren veröffentlichte.

Árbenz wurde im Juni 1954 durch einen direkt von der CIA organisierten Putsch gestürzt und durch den späteren Militärdiktator Carlos Castillo Armas ersetzt.

Die Operation gilt als Vorbild zahlreicher späterer ähnlicher CIA-Aktivitäten, denn vor dem Putsch bemühte sich die CIA nach Kräften mit Öffentlichkeitskampagnen unter anderem über eigene Radiosender, die Bestechung von Militärangehörigen und diplomatische Anstrengungen, die demokratisch gewählte Regierung zu destabilisieren.

Bolivien, 1964

Nach zwei vollen Amtszeiten organisierten die USA den Sturz des bolivianischen Präsidenten Victor Paz Estenssoro. Dieser hatte zuvor die Bergbauindustrie des Andenlandes weitgehend verstaatlichen lassen, eine Agrarreform durchgesetzt und das allgemeine Wahlrecht eingeführt.

Interessanterweise stützte sich die CIA bei dieser Operation auf René Barrientos, einen Freund, politischen Verbündeten und Vizepräsidenten des gestürzten Präsidenten. Verschiedenen Quellen zufolge war dieser jedoch langfristig von der CIA als Hebel aufgebaut worden, um die linksgerichtete Politik des Präsidenten einzuhegen. Je nachdem, wie die Entwicklung in Venezuela weiter verläuft, könnte darin eine auffällige Parallele zur Rolle zur vorherigen Vizepräsidentin Venezuelas Rodríguez bestehen.



Intervention, nicht nur in Venezuela

.....
 einerlei Bedeutung hat, wenn es im Konflikt mit ihren Interessen steht. Hinter Donald Trumps selbstverliebter Social-Media-
 n Paul Gerber.

Barrientos lies Proteste von bolivianischen Minenarbeiter:innen mit teils brutalen Massakern militärisch niederschlagen. Im Jahr 1967 gab er Befehl, Che Guevara und seine Genoss:innen ohne Gerichtsprozess erschießen zu lassen, nachdem diese dem Militär in die Hände gefallen waren.

Honduras, 2009

Im Jahr 2009 wurde der honduranische Präsident Manuel Zelaya von Soldaten des eigenen Landes nachts entführt und auf einen Stützpunkt gebracht, den sich die honduranische Streitkräfte mit Streitkräften der USA teilten. Zelaya hatte zuvor vorgeschlagen, eine neue Verfassung für Honduras auszuarbeiten und wollte darüber bei einem Referendum abstimmen lassen, außerdem orientierte er das Land mehr und mehr in Richtung zur damaligen Zeit US-kritischen Regierungen wie aus Venezuela oder Bolivien.

Es handelt sich um einen Putsch aus der jüngeren Vergangenheit, der während der Präsidentschaft von Barack Obama stattfand; also einem

Präsidenten, der in Deutschland gerne im Kontrast zu Donald Trump als demokratischer Musterknabe dargestellt wird.

Da der Putsch nur wenige Jahre zurückliegt, hat der Staatsapparat der USA hier ein besonders hohes Interesse, seine eigene Beteiligung an diesen Vorgängen im Unklaren zu lassen. Ein von den USA selbst erstellter und veröffentlichter Bericht beschäftigt sich vor allem mit dem Agieren der USA nach dem Putsch. Auch dieser Bericht verweist aber auf zahlreiche geheime Dokumente bezüglich der Zeit vor dem Putsch.

Während Obama und seine Außenministerin Hillary Clinton öffentlich beteuerten, der Putsch sei unrechtmäßig und Zelaya der rechtmäßige Präsident Honduras', belegen später geleakte E-Mails, dass das Außenministerium unter Clinton in der Praxis eine ganz andere Politik verfolgte: Nämlich die möglichst schnelle Organisation von Neuwahlen, so dass ein anderer, den USA nächster Kandidat ins Amt kommen könnte.

Narzisstischer Präsident oder neue Phase imperialistischer Machtpolitik?

Dass Trumps Intervention in Venezuela in gewisser Weise nur die Weiterführung der US-amerikanischen Lateinamerikapolitik der letzten Jahrzehnte ist, steht dabei im krassen Kontrast zu den Bewertungen anderer westlicher politischer Kommentator:innen und Staatsoberhäupter. Diese erklären Trump nämlich mehr oder weniger diplomatisch für irgendwo zwischen unberechenbar und unzurechnungsfähig. Dies schließt jedoch nicht aus, dass sie seine Politik wie im Falle Venezuelas unverhohlen decken, wenn sie ihnen ebenfalls nützt.

Und tatsächlich lässt sich nicht von der Hand weisen, dass die Regierung um Donald Trump außenpolitische Entscheidungen vor allem deutlich offensiver kommuniziert, als es viele Vorgänger im Amt getan haben. Dabei sind jedoch die persönlichen Eigenschaften des Präsidenten eher ein sekundärer Faktor. In erster Linie passt sich die US-Regierung der

immer schärfer werdenden Konkurrenz zwischen den größten kapitalistischen Mächten an. Sie geht mehr und mehr dazu über, ihre Interessen ganz direkt und ohne Rücksicht auf Befindlichkeiten oder Wünsche ihrer treuen Verbündeten durchzusetzen.

Der im Januar fast täglich wiederholte Anspruch der USA, sich Grönland einzuverleiben, zeigt dies besonders gut. Und auch hier muss betont werden, dass der Fokus europäischer Politiker:innen auf Trumps angeblich irrationales Verhalten bestenfalls einen oberflächlichen Aspekt trifft. Vielmehr ist die Trump-Regierung im Kern einfach ehrlich, wenn sie Grönland als unverzichtbar für die US-amerikanischen „Sicherheitsinteressen“ (sprich Machtansprüche) erklärt.

Sehr eindrücklich sichtbar wird das, wenn man einen Globus nimmt und von oben betrachtet. Viel spricht dafür, dass sich ein drohender dritter Weltkrieg auch in der Arktis abspielen wird, und die grönländische Landmasse wäre in diesem Szenario tatsächlich von strategischer Bedeutung.

Die trügerische Hoffnung auf einen Wandel durch die USA

Am Abend nach der Entführung von Präsident Maduro durch eine US-amerikanische Militäroperation feiern tausende Exil-Venezolaner:innen gemeinsam auf den Straßen. Sie vergießen Freudentränen und sagen in die Kamera, dass sie voller Hoffnung sind, dass Oppositionspolitiker:innen wie Edmundo González oder Friedensnobelpreisträgerin María Machado nun an die Macht kommen. Mit solchen Bildern aus der spanischen Hauptstadt Madrid oder Florida in den USA konnte sich der Chefentführer Trump zusätzlich brüsten und sich als Retter der Venezolaner:innen inszenieren.

Selbstverständlich wurden Bilder von oftmals noch größeren Menschenmassen aus Venezuelas Hauptstadt Caracas, wo Tausende gegen die US-Intervention protestierten dabei

wohlweislich ignoriert. Sie zeigen dennoch, dass die Maduro-Regierung trotz des Enthauptungsschlags der USA noch eine Anhängerschaft im eigenen Land mobilisieren kann.

Ohne Zweifel wäre es trotzdem vermessen, zu behaupten, wer Venezuela als Migrant:in verlassen hat, muss ohnehin ein eingeschworener Feind der Regierungen von Nicolas Maduro und zuvor Hugo Chávez gewesen sein. Für die ersten Generationen von Migrant:innen, die Venezuela nach Chávez Wahl zum Präsidenten im Jahr 1998 verlassen haben, mag das zutreffen. Damals übte die „bolivarianische Revolution“ aber ohne Zweifel eine große Faszination aus. Millionen organisierten sich in den Massenorganisationen der Bewegung und zahlreiche Sozialprogramme hoben den Lebensstandard eines Großteils

der Bevölkerung in den ersten Jahren deutlich an. Viele Gegner:innen Chávez', die ihre Privilegien durch soziale Maßnahmen verloren hatten, verließen Venezuela jedoch.

Später wurde der enorme Erdölreichtum Venezuelas zugleich zu einer Achillesferse für die Wirtschaft des Landes, als der Erdölpreis 2012/13 in den Keller ging. Hinzu kamen schwerwiegende US-Wirtschaftssanktionen. Der venezolanische Staat türmte enorme Staatsschulden auf und auch in der Lebensrealität der Menschen zeigten sich vermehrt Versorgungsengpässe bei alltäglichen Bedarfsgütern und eine Verarmung durch enorme Teuerungen.

So sehr also die von westlichen Medien so begierig aufgegriffene Freude über Maduros Entführung zum Teil auf die verzweifelte Hoffnung zu-

rückgeht, dass es „nicht schlimmer werden könne“, ist genau das mehr als fraglich.

Die zuvor über ein Jahrhundert andauernde Vorherrschaft der USA in Venezuela hatten Maduro und sein Vorgänger Chávez schrittweise gelockert, indem sie die reichsten Erdölreserven der Welt verstärkt an Russland und China verkauft haben. Wirklich unabhängig oder gar sozialistisch ist Venezuela dadurch am Ende natürlich nicht geworden. Dass ausgerechnet das venezolanische Volk davon profitieren sollte, wenn nun die USA mit aller Macht in den Streit um den Ressourcenreichtum des Landes zurückkehren, ist kaum vorstellbar.

Kampf dem iranischen Regime, Kampf dem Imperialismus

Im Iran spitzen sich die Klassenkämpfe seit Jahren immer weiter zu. Das islamische Regime kann sich nur noch mit äußerster Gewalt gegen die eigene Bevölkerung behaupten. Die Zukunft des Landes muss den Arbeiter:innen und Unterdrückten gehören. - Ein Kommentar von Mohannad Lamees

Im Dezember 2025 und Januar 2026 erlebte der Iran die gewaltigsten Protestwellen seit dem Revolutionsjahr 1979. Auslöser für die Proteste war die immens steigende Inflation und die Entwertung der iranischen Währung. Selbst Lebensmittel wie Joghurt konnten nur noch auf Raten gekauft werden. Wie schon bereits zum Jahreswechsel zwischen 2019 und 2020, als das Regime die Benzinpreise massiv anzog und sich die Wut der Bevölkerung in Demonstrationen gegen die Regierung entlud, richtete sich auch die diesjährigen Proteste gegen das Regime als Ganzes. Im Vergleich zu früheren Erhebungen protestierten dieses Jahr deutlich breitere Teile der Bevölkerung gegen die eigene Regierung – und gegen den Kapitalismus.

Waren die Bilder aus Iran in den ersten Tagen der Proteste noch hoffnungsvoll, so sorgte das islamische Regime mit seinem brutalen Vorgehen schnell für Angst und Schrecken. Nachdem am 8. Januar die Internetverbindungen und Telefonleitungen abrupt durch die Regierung gekappt wurden, schossen Armee und regimetreue Söldner die Proteste nieder. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch beruft sich auf iranische Quellen und geht davon aus, dass die iranischen Sicherheitsbehörden in ihren tödlichen Razzien in zahlreichen Provinzen mehrere Tausend Protestierende gezielt ermordet haben.

Das wahre Gesicht des Regimes

Das Wohlfahrtssystem, mit dem sich die islamische Führung nach der Revolution 1979 die Unterstützung größerer Teile der Bevölkerung erkaufte, konnte sich das Regime spätestens in den 2010er Jahren nur noch für weniger und weniger Menschen leisten und agierte gleichzeitig, sozusagen als Korrektur, immer repressiver gegen eine wachsende Anzahl der eigenen Bürger:innen. Dabei spielen die internationalen Sanktionen, die vor allem von der USA und Europa seit 2006 gegen den Iran verhängt wurden, eine wesentliche Rolle: Sie tragen zur dauerhaften Wirtschaftskrise im Iran bei und verstärken die

Armut in immer größeren Teilen der Bevölkerung, während religiöse Führer und die Würdenträger der korrupten Revolutionsgarden sich sogar an ihnen bereichern können. Dass immer mehr Schichten verarmen, ist gleichzeitig der Grund dafür, dass immer breitere Teile sich offen von der Regierung abwenden.

Das Regime, das zeigen die jüngsten Entwicklungen, ist unterdessen durchaus geschwächt, aber noch immer in der Lage, seine Macht zu erhalten. Zwar musste der Iran seit dem 7. Oktober und besonders im sogenannten 12-Tage-Krieg mit Israel im Sommer 2025 große Rückschläge ver-



kraften und seine regionalen Machtansprüche weit zurücksetzen. Doch im Innern bleibt die Herrschaft über die eigene Bevölkerung robust – auch weil die Regimeführung erfahren in der Niederschlagung von Protesten und dem Geben von besänftigenden Zugeständnissen ist. Im Falle der Niederschlagung der Proteste von 2026 tat die iranische Regierung das beispielsweise, indem sie nach tagelangen Massakern der eigenen Bevölkerung und den USA großzügig verkündeten, auf weitere Hinrichtungen zu verzichten.

Es braucht eine neue Revolution

Nach wie vor inszeniert sich die iranische Regierung in diesem Zusammenhang gerne als Festung des Anti-Imperialismus, den sie aus ihrer Feindschaft zur USA ableitet. Doch bei der eigenen Bevölkerung verfängt diese Erzählung immer weniger. Vielmehr wird dem iranischen Volk mehr und mehr der Charakter der ausbeu-

terischen Herrschaft im Iran selbst bewusst.

Unter den widrigen ökonomischen und politischen Gegebenheiten bildeten sich in den letzten Jahren gleichzeitig verstärkt Organisationsformen in der iranischen Arbeiter:innenklasse wie Betriebsgruppen, Streikkomitees und marxistischen Zirkeln. Während im Jahr 2022 nach der Ermordung Jina Aminis in den kurdischen Gebieten und Teheran Frauen für ihre Freiheit protestierten, organisierten Arbeiter:innen in strategisch wichtigen Industriesektoren große Streiks, so zum Beispiel in einigen petrochemischen Raffinerien

des Landes. In der Verbindung der Organisation der Arbeiter:innen mit den politischen Kämpfen der vom iranischen Regime besonders Unterdrückten – Frauen, LGBTI+ Personen, Kurd:innen und andere nationale Minderheiten – liegt das Potenzial, den eigenen Protesten deutlich höhere Schlagkraft zu verleihen.

Dass bei den Demonstrationen 2026 immer offener auch eine Überwindung des Kapitalismus gefordert wurde, ist Ausdruck dieser Entwicklung in der iranischen Arbeiter:innenklasse. Noch können die Arbeiter:innen im Iran dem Regime nicht dauerhaft trotzen, noch müssen sich die vielerorts entstehenden Organisationsformen in einer einheitlichen Kampforganisation bündeln. Doch auch wenn die Proteste vorerst niedergeschlagen wurden, waren die Kämpfe keineswegs umsonst. Die Massaker der Regierungstruppen an der eigenen Bevölkerung und die Repressionserfahrung sorgen für wachsende Wut auf das Regime und schwören so bereits heute die Proteste von morgen

herauf. Die Erfahrungen aus den diesjährigen Aufständen ermöglichen die nächsten Schritte auf dem Weg zum revolutionären Sturz des islamischen Regimes.

Kampf dem Imperialismus weltweit

Diesen Sturz und die Übernahme der Macht können sich die Ausgebeuteten und Unterdrückten in Iran nur selbst erkämpfen. Dazu ist es notwendig, dass diejenigen Kräfte, die heute an einer Hinwendung des Irans zu anderen imperialistischen Mächten wie den USA arbeiten, sich nicht gegen die revolutionären Teile der Bewegung durchsetzen – und auch diese selbst begreifen, dass das Hoffen auf unterstützende US-Angriffe keine gute Taktik ist. Denn die imperialistischen Mächte, so viel muss klar sein, verfolgen nur ihre eigene Agenda.

Den USA und ihrem israelischen Schützling geht es weiterhin vor allem um die Sicherung der Macht in der umkämpften Golfregion. Und sowohl Trump als auch Netanjahu haben zuletzt gezeigt, wie sehr sie bereit sind, diesem Ziel die Unterstützung für Regimegegner:innen im Iran unterzuordnen. Die iranische Bevölkerung ist in den Rechnungen der Imperialist:innen nur eine Randgröße, vielmehr paktieren die USA lieber mit dem iranischen Regime als es zu stürzen und so womöglich für größere Unruhe im Machtgefüge in der Region zu sorgen.

Und auch der deutsche Imperialismus handelt nicht im Interesse der iranischen Bevölkerung, wenn er nun in Reaktion auf die Niederschlagung der Proteste eine weitere Verschärfung der Sanktionen gegen den Iran fordert. Während iranische Kapitalist:innen Mittel und Wege finden, um die Sanktionen zu umgehen, wird sich für den Großteil der iranischen Bevölkerung die Armut nur noch weiter vergrößern. So lange Deutschland selbst ein imperialistisches Land ist, so lange wird von den Herrschenden hier keine aufrichtige Unterstützung für Kämpfe gegen den Kapitalismus erfolgen – weder im Iran noch an anderen Orten auf der Welt.

Repression gegen Links

Wie Dobrindt die Vulkangruppe instrumentalisiert

Nach den Angriffen auf das Berliner Stromnetz entzündete sich eine neue Debatte über den Kampf gegen den vermeintlichen Linksextremismus. Während der Ursprung der Bekennerschreiben umstritten ist, nutzte Innenminister Dobrindt den Fall, um eine Offensive gegen linke Kräfte einzuleiten. - Ein Kommentar von Georg Möwe

In der Debatte um die Vulkangruppe ist sich Innenminister Dobrindt einer Sache sicher – Der „Linksextremismus“ ist eine akute Gefahr und muss härter bekämpft werden. Konkret ist die Rede vom Ausbau des Bundesamtes für Verfassungsschutz und mehr öffentlicher Überwachung. Die Abteilung des Verfassungsschutzes, die sich auf die Überwachung des „linksextremen Spektrums“ fokussiert, soll deutlich mehr Gelder für Personal und weitere Befugnisse bekommen. Die Kritische Infrastruktur soll besser geschützt werden, womit neben Schutz vor Naturkatastrophen vor allem der Ausbau von Videoüberwachung gemeint ist. Laut Dobrindt sind das notwendige Maßnahmen, denn der Staat sei angeblich „blind“. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass diese Aussage nicht nur falsch ist, sondern sich einreihet in einen jahrzehntelang anhaltenden Ausbau der Repressionsorgane.

Der Staat ist nicht blind

Dass der Staat zumindest nicht auf dem linken Auge blind ist, zeigt sich nicht zuletzt in den Angriffen gegen Personen und Organisationen aus sämtlichen Strömungen des linken Spektrums. Gegen die Palästina-Bewegung reihte der deutsche Staat spätestens seit dem 7. Oktober 2023 einen Repressionsschlag an den anderen. Dabei äußert sich die Repression auf mehreren Ebenen. Auf der Straße zeichneten sich immer wieder Bilder von Gewalteskapaden der Polizei gegen palästinasolidarische Aktivist:innen. Der rechtliche Rahmen wurde ausgereizt und nach Bedarf ausgelegt, um Organisationen zu verbieten. Die Repression wird aber nicht nur durch Behörden ausgeübt, sondern zeigt sich zum Beispiel auch an Entlassungen von palästinasolidarischen Personen oder Angriffe auf Studierende, die sich an ihrer Uni gegen den Genozid aussprechen.

Auch die Prozesse rund um Antifa-Ost und den Budapest-Komplex zeigen deutlich, dass die BRD die antifaschistische Bewegung konkret im Visier hat. Dabei scheut sie sich auch nicht davor, wie im Fall von Lina E. ein Exempel zu statuieren und in

Kombination mit Öffentlichkeitsfahndungen einen Keil zwischen militante Antifaschist:innen und dem Rest der antifaschistisch gesinnten Bevölkerung treiben zu wollen. Auch im Fall von Maja T. im Budapest-Komplex zeigte der deutsche Staat mehrmals, dass es ihm nicht um Verfassungsmäßigkeit, sondern den Kampf gegen den Antifaschismus geht.

Vor diesem Hintergrund scheint es fast schon zynisch, wenn die Berliner Justizsenatorin Felor Badenberg inmitten der aufgeheizten Diskussionen um den Umgang mit dem Anschlag der Vulkangruppe davon spricht, dass der Staat blind sei, wenn es um „die Antifa“ geht und gegen diese härter vorgehen müsse. Wen oder was die Justizsenatorin alles unter „der Antifa“ versteht, blieb dabei unklar. Wenn aber im Zuge einer Debatte über einen Angriff auf ein Energieunternehmen davon gesprochen wird „der Antifa“ den Nährboden zu entziehen, während gleichzeitig seit Jahren ein Kampf gegen die antifaschistische Bewegung geführt wird,



Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0 (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:2025-05-05_Unterzeichnung_des_Koalitionsvertrages_der_21._Wahlperiode_des_Bundestages_by_Sandro_Halank-115.jpg), <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode>

dann dreht sich die Debatte ganz offenbar nicht, wie immer wieder vorgegeben, um die Sicherstellung der Stromversorgung oder die Sicherheit der Bürger:innen, sondern ganz klar um einen allgemeinen Kampf gegen fortschrittliche Bewegungen. Der Anschlag der Vulkangruppe wird also als Vorwand genutzt, um einen Großteil der politischen Widerstandsbewegung in Deutschland zu kriminalisieren und den reaktionären Staatsumbau weiter voranzutreiben.

Vorgehen mit Tradition

Diese Vorgehensweise stellt jedoch keine Neuheit in Deutschland dar. Denn einzelne Ereignisse oder Sicherheitsfragen zu instrumentalisieren, um damit eine Ausweitung der Befugnisse von Behörden und die Einschränkung unserer Rechte zu legitimieren hat in Deutschland Tradition. Diese geht auch über Repressionen gegen fortschrittliche Kräfte hinaus. Bereits in den 70er Jahren legte die BRD mit dem „Anti-Terror-Pakt“ als Antwort auf die Aktivitäten der ersten Generation der Roten Armee Fraktion (RAF) den Grundstein für Repressionspraktiken, die auch heute noch breit angewandt werden. So wurde dort der Paragraph 129 StGB ausgeweitet, auf dessen Basis beispielsweise die KPD und die RAF ebenso kriminalisiert wurden wie in jüngerer Vergangenheit die Letzte Generation, palästinensische Gruppen wie Samidoun oder revolutionäre Organisationen wie der Rote Aufbau Hamburg.

Auch im Zuge der Anschläge vom 11. September 2001 wurden die Repressionsmöglichkeiten in Deutschland ausgebaut. So wurden beispielsweise Personalausweise um biometrische Daten ergänzt, den Behörden mehr Befugnisse erteilt und schwere Einschnitte der Grundrechte erlaubt. Auch hier wurden die erteilten Befugnisse von den Sicherheitsbehörden nicht nur im Kampf gegen islamisch-fundamentalistische Organisationen, sondern gegen deutlich breitere Teil

der Bevölkerung eingesetzt.

Die Außenpolitik im Inneren

Repression gehört zur BRD dazu. Denn die „Sicherheitspolitik“ verfolgt immer einen größeren Zweck und lässt sich nicht von der restlichen Politik des deutschen Staates trennen. Spätestens seit der von Olaf Scholz ausgerufenen Zeitenwende reihen sich die Repressionen im Inland konkret in die allgemeine Aufrüstung und Kriegsvorbereitung Deutschlands ein. Die Zuspitzung im außenpolitischen Kurs überträgt sich auch auf eine Zuspitzung im Inneren. Dass sich der deutsche Staat auf eine Kriegsbeteiligung vorbereitet, ist kein Geheimnis mehr. Aber genauso wenig ist es ein Geheimnis, dass der Antimilitarismus in Deutschland erneut aufkeimt. Im Kriegs- und Krisenfall wird die Unzufriedenheit im Land immer größer werden und damit auch der Status Quo wackeln. Mit neuen Polizeigesetzen, die Einbrüche in Wohnungen im Sinne der Überwachung erlauben, oder der Erfassung der politischen Gesinnung in den Musterungsbriefen der Bundeswehr werden konkrete Vorbereitungen getroffen, um eine antimilitaristische Bewegung zu überwachen und zu zerschlagen bevor sie eine Schlagkraft entwickelt. Mit der Gründung der Heimatschutzdivision wappnen sich die Herrschenden auch jetzt schon, um die deutsche Außenpolitik im Inneren mit Gewalt durchzusetzen. Offiziell sei die Division der Bundeswehr dazu da, beim Katastrophenschutz einzuspringen und die „Ordnung“ im Inneren zu wahren. Konkret dürfte das vor allem bedeuten im Kriegs- und Krisenfall den Widerstand im Inneren niederzuhalten und antimilitaristische Bestrebungen mit Gewalt zu zerschlagen.

Die Debatten um die Vulkangruppe drehen sich also nicht um die Versorgungssicherheit der deutschen Bürger:innen sondern reihen sich ein in eine Tradition der inneren Aufrüstung und Repression, die sich mit den aktuellen Kriegsvorbereitungen zuspitzen.

Westsahara: 50 Jahre Unabhängigkeitserklärung

Am 27. Februar 1976 rief die sahrauische nationale Befreiungsbewegung die Demokratische Arabische Republik Sahara aus. Marokko annektierte kurz darauf einen Großteil des Territoriums. Der antikoloniale Befreiungskampf der Sahrauis dauert an. Von Thomas Stark.

Im Frühjahr 2025 reiste eine Delegation von Internationalist:innen aus Deutschland zu einem Solidaritätsbesuch in die Westsahara: Die Frente Polisario hatte Aktivist:innen aus mehreren Ländern eingeladen, um auf den anhaltenden antikolonialen Kampf in ihrem Land aufmerksam zu machen. Im Gespräch mit Perspektive Online erklärten Teilnehmer:innen der deutschen Delegation damals: „Durch die Reise konnten wir unmittelbar erfahren, wie die Situation und die Realität der betroffenen Menschen vor Ort ist. (...) Leider findet der Kampf der Polisario, die jahrzehntelange Besatzung und Unterdrückung weitgehend unbeachtet von der Weltöffentlichkeit statt.“

Über 140 Jahre Kolonialismus

Die Geschichte der kolonialen Besatzung Westsaharas begann im Jahr 1884: In diesem Jahr teilten die europäischen Großmächte bei einer Konferenz in Berlin auf Einladung des deutschen Reichskanzlers Otto von Bismarck den afrikanischen Kontinent unter sich auf. Spanien sicherte sich dabei die Kontrolle über die Westsahara, die an der afrikanischen Westküste liegt und südlich an Marokko grenzt. Damit begann die mehr als 90-jährige spanische Kolonialherrschaft über das Gebiet. Diese endete im Jahr 1976 mit dem Abzug der spanischen Truppen.

Drei Jahre zuvor hatte sich die „Frente Polisario“ gegründet und einen

bewaffneten Unabhängigkeitskampf gegen die Kolonialmacht begonnen. Der Name der Bewegung ist die spa-



jaysen naidoo (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:RASD_-_Commemoration_of_the_36th_independence_day_in_the_Liberated_Territories_(2006).jpg), „RASD - Commemoration of the 30th independence day in the Liberated Territories (2006)“, https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode

nische Kurzform von „Frente Popular de Liberación de Saguía el-Hamra y Río de Oro“ („Volksfront zur Befreiung von Saguía el-Hamra y Río de Oro“) und benennt die beiden Regionen von Westsahara: Ziel der Bewegung ist es, dort einen unabhängigen Staat zu errichten. Diesen rief die Frente Polisario dann am 27. Februar 1976, einen Tag nach dem Abzug der letzten spanischen Soldaten aus.

Spanien hatte jedoch mit Marokko und dem ebenfalls benachbarten Mauretanien eine Fortsetzung der Kolonisierung Westsaharas durch die beiden Länder vereinbart. Marokko schickte eigene Truppen in das Land und erklärte die Annexion der größ-

ten Teile des Nordens. Mauretanien sollte den Süden übernehmen. Sahrauische Stammesfürsten stimmten

der Aufteilung des Landes zu, die Frente Polisario führte den Unabhängigkeitskampf jedoch weiter und wurde dabei zeitweise von Algerien unterstützt. Es gelang ihr, Mauretanien 1979 aus der Westsahara zu verdrängen.

Marokko beansprucht Vorherrschaft

Der Krieg mit Marokko, das nun die ganze Westsahara für sich beanspruchte, dauerte zunächst bis zu einer Waffenstillstandsvereinbarung im Jahr 1991 an. Danach wurde das Land geteilt. Marokko unterdrückte in dem von ihm kontrollierten Landesteil jedoch die sahrauische Bevöl-

kerung, siedelte immer mehr eigene Landsleute in der Region an und widersetzte sich trotz gegenteiliger Zusicherungen einem Referendum über die Unabhängigkeit Westsaharas. Nach 29 Jahren Waffenstillstand nahm die Polisario den bewaffneten Kampf gegen die marokkanische Kolonialmacht daher im November 2020 wieder auf.

Von Bismarck bis Baerbock

Der Kampf der Frente Polisario richtet sich heute nicht nur gegen die marokkanische Kolonialmacht, sondern fordert das imperialistische System als solches heraus: Die früheren europäischen Kolonialmächte in Afrika und die USA haben sich in den letzten Jahren offen für die marokkanische Hegemonie über Westsahara ausgesprochen. Im Falle der USA geschah dies im Dezember 2020 im Gegenzug für die Anerkennung Israels durch Marokko. Israel erkannte Marokkos Herrschaft über Westsahara im Jahr 2023 als zweites Land an, Frankreich folgte im Jahr darauf und im Oktober 2025 der UN-Sicherheitsrat.

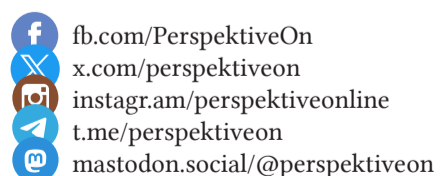
Deutschland ist diesen Schritt zwar noch nicht offiziell gegangen. Die damalige grüne Außenministerin Annalena Baerbock signalisierte Marokko bei einem Besuch 2022 jedoch Unterstützung für eine Einverleibung Westsaharas.

Die Sahrauis kämpfen jedoch weiter für ihre Unabhängigkeit - und sind damit ein Beispiel für antiimperialistische Kämpfe weltweit.

PERSPEKTIVE » ONLINE

Unabhängiger Journalismus von unten: Mehrfach täglich objektive Nachrichten und revolutionäre Kommentare.

<https://perspektive-online.net>



V.i.S.d.P.:
Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.
Homarstraße 64
51107 Köln

PERSPEKTIVE » MOBIL

Für tägliche Nachrichten direkt auf dein Handy:

Kanalname bei **WhatsApp:**
Perspektive Online Newsletter

Unserem WhatsApp Kanal beitreten:
<https://whatsapp.com/channel/0029VaASVPM2P59uL22LK2N>

Kanalname bei **Telegram:**
Perspektive Online

Unserem Telegram Kanal beitreten:
<https://t.me/perspektiveon>

PERSPEKTIVE » APP

Perspektive jederzeit griffbereit auf deinem Handy-Desktop und mit Pushnachrichten:

Einfach die **Perspektive-App** über den Playstore downloaden oder die APK direkt von unserer Homepage herunterladen und installieren:

<https://perspektive-online.net/app>



MITMACHEN & UNTERSTÜTZEN

Um unser Projekt dauerhaft realisieren zu können, sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen.:

- **Abonniere** die Printausgabe von „Perspektive“:
<https://perspektive-online.net/print-abo>
- **Werde Mitglied** im „Verein für politische Bildung und unabhängigen Journalismus e.V.“:
<https://perspektive-online.net/verein>
- **Unterstütze uns** mit einer Spende:
<https://perspektive-online.net/spenden>